

Ostdeutschland

Lachende Grüppchen

Ende der Gastfreundschaft: Tausenden Vietnamesen, einst von der SED als Gastarbeiter in die DDR gelockt, droht Abschiebung.

Für Hanoi spricht der große Markt, der größer ist als alle Märkte in Berlin zusammen. Auf dem Dong Suan werden Fische verkauft, die es in Berlin nicht mal im großen Zoo-Aquarium zu sehen gibt.

Chep interessiert sich sehr für Fische. Biologie ist sein Lieblingsfach.

Andererseits gibt es in Vietnam, seinem Geburtsland, keine Borussia Dortmund. Für den Erfolgsverein aus dem Ruhrgebiet begeistert sich der vietnamesische Schüler seit langem schon, „weil da so viele Nationalspieler dabei sein“.

Die ersten fünf Jahre seines Lebens hat der Junge in Hanoi verbracht, seit 1990 wohnt er im Osten Berlins, und wo es ihm nun besser gefällt, kann er nicht so genau sagen. Warum auch? Jeden Morgen besteigt er, den bunten Scout-Tornister auf dem Rücken, seinen Schulbus, und daß sich daran etwas ändern sollte, kann er sich eigentlich nicht vorstellen.

Doch Chep soll weg, return to sender, seine Mutter Lai Thi und sein kleiner Bruder Ha gleich mit. Die Familie hat jetzt ein Schreiben der Berliner Ausländerbehörde erhalten, das ihnen die Zwangsrückkehr ins Heimatland androht.

Die Namen der Familie Hoang stehen auf sogenannten Rückführungslisten, die derzeit zwischen der Bundesrepublik und Vietnam hin- und hergehen. Nach einem von den beiden Ländern ausgehandelten Abkommen, das jetzt in Kraft trat, sollen 2500 Vietnamesen noch bis Ende des Jahres in ihre asiatische Heimat zurückkehren. Bis zum Jahr 2000 wollen die Behörden dann rund 40 000 Vietnamesen abgeschoben haben. Am vergangenen Dienstag mußten die ersten Berliner Vietnamesen die Bundesrepublik zwangsweise verlassen.

Auf dem Amtswege entsorgt der Staat so eine Altlast, die ihm das DDR-Politbüro hinterlassen hat. Weil das Honecker-Regime an Arbeitskräftemangel litt, hatte die DDR 1985 damit begonnen, Vertragsarbeiter aus



Chep Hoang (2. v. r.), Familie: „Anteil an den Errungenschaften der DDR“



Ausweis von Cheps Mutter Lai Thi Hoang (Ausriß): 1990 oder 1992?

dem ebenfalls kommunistisch regierten Vietnam anzuwerben.

Binnen weniger Jahre holte sich der SED-Staat rund 60 000 fleißige Helfer ins Land, die vor allem in den Tagebau, in Elektronikbetriebe und Textilkombinate abkommandiert wurden. Das *Neue Deutschland* bejubelte „die lachenden Grüppchen der zur Schicht eilenden zierlichen Vietnamesinnen“, das Brudervolk, rühmte die SED sich selbst, habe jetzt „Anteil an den sozialen Errungenschaften der DDR“.

Mit dem Mauerfall endete die Gastfreundschaft. Die vietnamesischen Gastarbeiter gehörten zu den ersten, die ihre Jobs verloren. Dennoch hielt der Zuzug an, jetzt allerdings unkontrolliert.

Viele nutzten die Wirren der Wende, um ihre Angehörigen nachzuholen; Tausende von Vietnamesen besorgten sich gefälschte Visa, in der Hoffnung auf leichtverdientes Geld im illegalen Zigarettenhandel.

Diese Nachwende-Zuzügler will die Bundesrepublik nun schnell wieder loswerden – das ist zumindest die offizielle Sprachregelung. „Die Rückführungsaktion trifft nur bei uns illegal lebende oder straffällig gewordene Vietnamesen“, behauptet der Berliner Innen-

staatssekretär Kuno Böse, der im Senat für die Abschiebung zuständig ist.

Tatsächlich jedoch stehen auf den Abschiebelisten nur in Ausnahmefällen die Namen von Schwerekriminellen. Die Mitglieder der Vietnamesen-Mafia, die in den vergangenen Monaten allein in Berlin elf Landsleute auf brutale Art ermordete, haben sich rechtzeitig falsche Pässe besorgt. Oder sie sind im Großstadtschunzel einfach untergetaucht.

So lassen sich die Ausländerbeamten von den Polizeibehörden kleine Zigarettenhändler nennen und durchkämmen emsig die Melderegister auf der Suche nach Vietnamesen „ohne positiven Aufenthaltsstatus“. Sie werden vor allem bei den Minderjährigen fündig.

„Weil sie die wirklich echten Kriminellen nicht bekommen“, klagt Barbara John (CDU), Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, „halten sich die Ämter an die, deren sie habhaft werden können.“

Wie etwa an Chep, seinen Bruder und seine Mutter. Die Familie Hoang hat immer die deutschen Gesetze befolgt. Cheps Vater kam gleich mit den ersten vietnamesischen Vertragsarbei-

FOTOS: K. MEINER

tern in den SED-Staat und arbeitete zunächst als Übersetzer für seine Landsleute.

Heute verkauft er auf Wochenmärkten Hosen, Pullover und Strickwaren. Der Verdienst ist bescheiden, aber es reicht für ein Auto und für eine Zweiraumwohnung in einem Ost-Berliner Plattenbau.

Auch über Cheps Mutter, Lai Thi Hoang, existieren keine Eintragungen im Strafregister. Sie hat nie mit Zigaretten gehandelt und ist auch keiner anderen illegalen Arbeit nachgegangen. Zum Verhängnis wurde den Hoangs ein Stempel im Reisepaß der Mutter.

Ein Volkspolizist aus Altenburg hatte ihr bei der Einreise im Sommer 1990 eine Aufenthaltserlaubnis bis zum 31. Dezember 1992 eingeräumt und das Datum auch ordnungsgemäß mit Kugelschreiber im Ausweis vermerkt.

Doch als die Frau kurz vor Ablauf der Aufenthaltsfrist bei der Berliner Ausländerbehörde um Verlängerung nachsuchte, deutete der Westbeamte

Über die drohende Ausweisung entscheidet die Härtefallkommission

die Handschrift des Ostkollegen zum Nachteil der Antragstellerin: Er lese da nicht 1992, sondern 1990 – ergo halte sich Frau Hoang seit zwei Jahren illegal in Deutschland auf.

Den Sachbearbeiter irritierte auch nicht, daß weder Wohnungsamt noch Krankenkasse oder Finanzamt jemals an der Aufenthaltsbefugnis irgendwelche Zweifel geäußert hatten. Weil mittlerweile das Berliner Obergericht die Lesart des Beamten bestätigte, muß über die drohende Ausweisung nun eine sogenannte Härtefallkommission entscheiden, der neben den Berliner Ausländerbeauftragten Kirchenvertreter und Behördenmitarbeiter angehören.

Falls Lai Thi Hoang und ihre Kinder abgeschoben werden, darf sie nicht einmal mehr auf Besuch nach Berlin zurückkehren. Ehemann Ngoc Hoang kann zwar bleiben, würde dann aber natürlich mitgehen, „freiwillig“. Acht Jahre Arbeit in Deutschland, „alles umsonst“.

Die Eltern wollen ihre Ungewißheit nicht mit den Kindern teilen. Solange die Härtefallkommission noch nicht entschieden hat, gilt das Thema Ausreise am Familientisch als tabu. Den Brief der Behörde hat Cheps Vater erst einmal im Schrank versteckt: „Sonst bringt der Junge doch keine guten Noten mehr nach Hause.“ □